

Interview Studie zu Ausgrenzung

„Es geht nicht um Hannover. Es geht um ein System.“

Eine Studie weist Behörden in Hannover systematische Diskriminierung von Roma nach. Ein Gespräch mit Mehmet Daimagüler, Antiziganismusbeauftragter des Bundes, über strukturierten Rassismus, Ämter, die den Kopf einziehen, und den Sinn von Gedenkveranstaltungen.

Herr Daimagüler, eine Studie der Leibniz Universität enthält schwere Vorwürfe wegen rassistischen Verhaltens gegen Roma in einer westdeutschen Großstadt. Unsere Recherchen haben ergeben, dass es sich um Hannover handelt. Wie bewerten Sie das?

Zunächst einmal: Es ist sehr gut, dass es diese Studie gibt. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder von Einzelfällen gehört, in denen Stadtverwaltungen sich negativ und sehr häufig auch gesetzeswidrig gegenüber zugewanderten Roma verhalten. Mit der Studie haben wir zum ersten Mal eine fundierte Analyse, die zeigt: Es handelt sich nicht um Einzelfälle, sondern um ein strukturelles Problem.

Was ist die bedrückendste Erkenntnis?

Das ist die Selbstverständlichkeit, mit der die legale Einwanderung aus EU-Ländern kriminalisiert wird. Da entscheiden sich Parlamente und die Bundesregierung für internationale Abkommen, für EU-Verträge, in denen geregelt wird, wer zuwandern darf und wer nicht. Und dann gehen Kommunalverwaltungen hin und machen ihr eigenes Ding. Das geht nicht. Ich war unlängst in Niedersachsen in Bergen-Belsen anlässlich des Tags der Befreiung des Lagers zu einer Gedenkveranstaltung, in der das Schicksal der Sinti und Roma in der NS-Zeit Schwerpunkt war. Ich frage mich, was sind solche Gedenkveranstaltungen wert, wenn wir so mit den Nachfahren der Überlebenden umgehen?

Was sagen Sie dazu, dass die untersuchte Großstadt Hannover ist?

Ich finde, die Befunde stehen in einem auffälligen Kontrast zu einer Stadt, die sehr viel Wert auf ihre Weltoffenheit legt, mit ihren großen Messen, mit ihrer großen internationalen Stadtgesellschaft heute. Ich finde besonders schlimm, mit welcher Selbstverständlichkeit laut Studie Kindern die Zukunft genommen wird. Man hält sie systematisch von der Bildung fern und echauffiert sich anschließend darüber, dass sie bildungsfern seien. Das ist eine klassische Täter-Opfer-Umkehr.

Die Stadtverwaltung hat die Vorwürfe zum Teil eingeräumt. Das Jobcenter bestreitet, gemeint zu sein.

Beste Grüße von mir. Das Jobcenter ist gemeint. Im Zweifel kann die Leitung ja dezent bei den Forschern nachfragen. Ich bekomme Berichte landauf, landab mit Vorfällen von Diskriminierung aus Jobcentern. Deswegen war ich leider nicht besonders überrascht über die Berichte aus Hannover. Ich habe unlängst mit der Vorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit, Andrea Nahles, sprechen können und möchte ihr vorschlagen, mit Selbstorganisationen der Betroffenen darüber ins Gespräch zu kommen. Das wäre dringend nötig. Und: Rassismus ist schlimm. Schlimmer noch ist es aber, wenn Forscher in einer wissenschaftlichen Studie ihn aufdecken und betroffene Einrichtungen es vorzuziehen, den Kopf in den Sand zu stecken. Man kann in einer Behörde einen noch so guten Job machen. Das Ansehen wird beschädigt, wenn man zulässt, dass bestimmte Gruppen systematisch

marginalisiert und rassistisch behandelt werden. Es muss ein Eigeninteresse da sein, das zu bekämpfen.

Was für Konsequenzen müssen aus dieser Studie gezogen werden?

Es geht nicht um Hannover oder um ein bestimmtes Jobcenter. Es geht um ein System in öffentlichen Einrichtungen, das Unrecht zulässt und Unrecht reproduziert. Gefordert ist jetzt vor allem an Orten, wo viele Sinti und Roma leben, ein kritischer Blick und der Beginn eines Dialogs mit den Selbstorganisationen. Das Erfahrungswissen, das dort vorhanden ist, muss gehört werden. Ich schätze die Stadtverwaltung in Hannover durchaus so ein, dass sie eine Debatte in Gang bringt. Die Selbstorganisationen in Niedersachsen sind für diesen Dialog mehr als bereit.

Interview: Jutta Rinas

Erschienen in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, Stadtausgabe vom 05.10.2023